

Gemeinsame Tagung
des ÖVP-Parlamentsklubs
und des Geschäftsführenden Vorstandes der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
am 7. und 8. Juli 2014 in Wien

Die Europäische Union nach der Europawahl 2014

Europa ist ein einmaliges Projekt des Friedens, der gemeinsamen Werte und des Wohlstands. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der ÖVP-Parlamentsklub wollen die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung als ein Werk des Friedens fortsetzen. Gerade der historische Rückblick in diesen Tagen zeigt uns, dass die Völker Europas stolz darauf sein können, was sie in den letzten Jahrzehnten gemeinsam erreicht haben. Dieses Erbe wollen wir bewahren und die Zukunft in diesem gemeinsamen Verständnis gestalten.

Die Staatsschuldenkrise hat deutlich gemacht, dass **solide Haushalte** in allen Mitgliedstaaten die **Grundlage** für ein wettbewerbsfähiges und wirtschaftlich starkes Europa sind, damit neue Arbeitsplätze entstehen und Wohlstand gesichert werden können. Daher ist der eingeschlagene Weg der Reformen richtig. Nur so gewinnen zukünftige Generationen eigenen politischen Gestaltungsspielraum statt die Schulden der Vergangenheit abzutragen.

Wir brauchen einen stabilen Euro. Eine stabile Währung ist die Voraussetzung für Wohlstand und Arbeit in Europa. **Solidität und Eigenverantwortung** sind dabei für uns ebenso wichtig wie **Solidarität**. Wir wollen keine EU-Steuern und keine Vergemeinschaftung von Schulden. Eurobonds lehnen wir entschieden ab. Alle Staaten müssen für ihre Schulden selbst haften.

Wir brauchen darüber hinaus ein **besseres Europa**. Nicht jede Aufgabe in Europa ist eine Aufgabe für Europa. Wir wollen ein Europa, das weniger zentralistisch und weniger bürokratisch ist. Wir wollen ein Europa, das die Länder und Regionen stärkt. Die Europäische Union soll sich um die großen Gemeinschaftsaufgaben kümmern, aber nicht um alle Bereiche unseres Alltags. Auf dieses Ziel sollte der neue Kommissionspräsident verpflichtet werden. Die Kommission braucht dafür ein effizientes Kollegium mit klaren Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, so dass auch institutionell sichergestellt ist, dass sich die neue Kommission bei ihren Gesetzgebungsvorschlägen auf die wirklich notwendigen politischen Aufgaben konzentriert.

Wir wollen ein bürgernahes Europa. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der ÖVP-Parlamentsklub setzen sich deshalb dafür ein, dass die bereits begonnene

Überprüfung bestehender EU-Regelungen fortgesetzt wird und dass zukünftig unnötige Regulierungen schon im Ansatz verhindert werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die neue Kommission das **Prinzip der Subsidiarität** ernst nimmt. Ihr Erfolg wird sich nicht an der Quantität erlassener Rechtsakte bemessen, sondern an deren Qualität. Problematisch ist in diesem Zusammenhang auch die große Anzahl von Rechtsakten gemäß Art. 290 und 291 AEUV. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der ÖVP-Parlamentsklub werden sich zukünftig in Bezug auf Subsidiaritätsrügen gegenüber Vorschlägen der Kommission eng abstimmen und bei anderen Partnern für breite Unterstützung werben. Auch bei Vorschlägen zur Stärkung der nationalen Parlamente wollen wir **eng kooperieren** sowie gemeinsame Positionen und Initiativen prüfen.

Wir wollen ein Europa mit Chancen für alle. Junge Menschen sollen überall in Europa einen Arbeitsplatz finden können; das kann aber nur dann gelingen, wenn sie entsprechend qualifiziert sind. Die neue Kommission soll dieses Thema zu einem Schwerpunkt ihrer zukünftigen Arbeit machen. Dabei sollte sie sich insbesondere die Politik in den Mitgliedstaaten ansehen, die in der **Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit** besonders erfolgreich sind und die Übertragbarkeit auf die europäische Ebene prüfen. Staatliche Investitionen und Förderprogramme allein können die Jugendarbeitslosigkeit nicht beseitigen.

Wir stehen zur **Freizügigkeit** in der Europäischen Union. Sie ist ein wichtiger Baustein im Fundament des gemeinsamen Europas. Aber CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der ÖVP-Parlamentsklub sagen auch, dass wir einem Missbrauch dieser Freizügigkeit entschieden entgegen treten, denn er unterwandert die Zustimmung der Menschen für das Projekt Europa.

Wir wollen, dass in den EU-Institutionen die **deutsche Sprache** gleichberechtigt neben Englisch und Französisch tritt. Deutsch ist die meist gesprochene Muttersprache in Europa und viele EU-Bürger sprechen Deutsch zumindest als Fremdsprache. Trotzdem werden viele wichtige EU-Dokumente nicht in deutscher Übersetzung vorgelegt, was deren Befassung in den nationalen Parlamenten behindert. Auch hier erwarten wir eine entsprechende Festlegung seitens des neuen Kommissionspräsidenten.

Wien, 7. Juli 2014